

13. MAI



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/110 - 13. Mai 1950

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0836890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Bestimmt das Militär die Politik?

68

Im Blick des jüngsten Luftzwischenfalles

Von Hans Merten, MdB

3

Stafettenlauf mit Paragraphen!

45

Dükes Abbauplan wird durchgeprüft

Von Wolfgang Jensen

4 - 5

Hessen plant Landschulreform

69

Verstärkung des Dorfes verlangt Konsequenzen

5

Gelähmte CDU

Das Hin und Her um die Krankenversicherung

25

6

"Neue Staster" brauchen unegoistischen Beistand

50

Wieder eine bemerkenswerte Initiative der UEO

Von Bruno Kretzer, Genf

* * *
* *

Bestimmt das Militär die Politik?

Im Blick des jüngsten Luftzwischenfalles

Von Hans Merten, MdB

Sowjetische und amerikanische Militärs liefern Horra Garuschtschow einen Haufen Flugzeugtrümmer und einen amerikanischen Piloten und hätten damit beinahe das Zustandekommen der Gipfelkonferenz unmöglich gemacht. Bisher unbekannte Militärs liefern Herrn Dr. Adenauer die Story, sowjetische Aufklärer befänden sich ununterbrochen über den Territorien der freien Welt. Nicht einmal der Verteidigungsminister weiß etwas davon, so geheim ist diese Nachricht. Aber es ist den unbekanntenen Geschichtenerzählern gelungen, neue Spannung in der politischen Atmosphäre zu erzeugen.

Man weiß aus Erfahrung, wie man es machen muß, um die Politiker den militärischen Plänen gefügig zu machen. Die Methoden sind uralte, aber offensichtlich immer noch recht wirkungsvoll. Sie werden nicht immer hinter den Kulissen, sondern notfalls auch offen praktiziert, wie das Ende der Vierten französischen Republik beweist.

Bei der Betrachtung der amerikanischen Politik hat man auch manchmal das Gefühl, daß sie sich noch nicht ganz frei machen könnte von dem Einfluß der militärischen Nachrichtendienste. Dabei fallen insbesondere die Widersprüche in den militärischen Nachrichten auf, weil sie dem jeweiligen Zweck der Nachricht allzudeutlich angepaßt werden. Man kann beliebig viele Äußerungen amerikanischer Militärs zitieren, wonach die amerikanische Raketenrüstung der sowjetischen hoffnungslos unterlegen sei und der Schutz der Vereinigten Staaten vor einem sowjetischen Raketenangriff nicht garantiert werden könne. Man kann ebenso viele Äußerungen anderer oder auch derselben Generale zitieren, wonach ein völliges Gleichgewicht der Kräfte mit den Sowjets hergestellt sei, und es Mittel und Wege gäbe, einen sowjetischen Überraschungsangriff rechtzeitig zu erkennen und wirkungsvolle Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.

Die Politiker bemühen sich, zu einer Entspannung in der Welt oder einigen Teilen der Welt zu kommen, weil sie wissen, daß beim Fortdauern der bestehenden Spannungen ein Funke genügt, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen.

Ein Teil der Entspannungspolitik ist eine kontrollierte und wirksame Abrüstung der militärischen Kräfte. Leider allzu oft entsteht jedoch der Eindruck, daß sowohl diesseits als jenseite des Eisernen Vorhangs von militärischer Seite eine Abrüstung für völlig unmöglich erklärt wird unter Hinweis auf den bösen Feind und seine Kriegsvorbereitungen.

Selbstverständlich lassen sich die Politiker von derartigen Argumenten beeindrucken, und die Verhandlungen über Abrüstung und Entspannung werden noch schwieriger als sie es ohnedies schon sind. Die Gerechtigkeit verlangt, daß man feststellt, daß im Falle der Sowjetunion ganz offensichtlich in weit stärkerem Maße als im Westen das Militärische den Primat vor dem Politischen hat. Hier bestimmt wirklich das Militär umfassend die Politik und trägt zu seinem Teil dazu bei, es sowjetischen Politikern auf Abrüstungs- oder Gipfelkonferenzen unmöglich zu machen, sich zu wirksamen Vereinbarungen über eine kontrollierte Abrüstung herbeizulassen.

Es ist aber auch notwendig, den militärischen Führern der NATO ins Gedächtnis zurückzurufen, daß die militärischen Pläne und Absichten sich den politischen Zielen der NATO-Staaten anzupassen haben. Die politischen Verhältnisse sind heute völlig anders als 1949, dem Jahre, als die NATO entstand. Selbst die in dem berühmten Dokument MC 70 niedergelegten strategischen Absichten und die davon abhängigen Leistungen der einzelnen NATO-Länder haben keinen Ewigkeitswert, sondern müssen sich elastisch den jeweiligen politischen Notwendigkeiten anpassen.

Es paßt aber nicht zusammen, wenn westliche Politiker in Genf ein Verbot der Atomwaffen fordern, gleichzeitig aber innerhalb der NATO die Militärs eine Ausrüstung weiterer NATO-Länder mit Atomwaffen für dringend notwendig halten. Man kann nicht auf der einen Seite eine stufenweise Abrüstung mit einzelnen, auch geographischen Etappen für politisch erforderlich halten und gleichzeitig von verantwortlichen Stellen der NATO erklären lassen, daß ein derartiger Plan zum Zusammenbruch der NATO führen müsse.

Hier muß es zu einer Abstimmung der militärischen Planung auf die Notwendigkeiten der Politik kommen, wenn nicht die Erklärungen der Politiker unglaubwürdig erscheinen sollen.

Stafettenlauf mit Paragraphen!

Von Wolfgang Jansen

Export haben die Christdemokraten die Feststellung der SPD zurückgewiesen, Lückes Abbaugesetz (in der offiziellen Zungenakrobatik: Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und für ein soziales Miet- und Wohnrecht) Lückes Abbaugesetz also werde mit unziemlicher Eile durchgepeitscht. Das Gesetz liege dem Bundestag schon seit dem 6. August 1959 vor.

Wir wollen nicht ernsthaft behaupten, daß alle Gesetze so lange warten sollten, wie etwa das Jugendarbeitsschutzgesetz, das noch aus dem ersten Bundestag stammt und die 53er und 57er Wahlen auf der Eselsbrücke des jedesmaligen Wiedereinbringens überwunden hat, damit es nun in der gleichen Sitzung verabschiedet werden soll, wie Lückes 59er Abbauplan. Auch das Unfallversicherungsgesetz aus dem Jahre 1958, das zu behandeln die CDU/CSU sich beharrlich weigert, soll nicht als nachahmenswertes Beispiel zitiert werden. Alles was gefordert wird, ist eine sorgfältige Beratung, die allen - aber auch allen! - Abgeordneten die Möglichkeit gibt, sich mit dem Inhalt vertraut zu machen.

Die Beratungen werden aber in einem Tempo vorgetrieben, das allzu sehr den Verdacht erregen muss, die Abgeordneten sollen möglichst nicht merken, was sie beschließen. Soweit sie nicht Mitglieder des Ausschusses sind, sollen sie die umfangreiche Materie innerhalb von höchstens zwei Tagen durchackern und so ganz nebenbei noch Traktions- und ganztägigen Bundestagssitzungen beiwohnen.

Aber selbst im Ausschuss nimmt die Eile groteske Formen an. Zu der mit Lückes Abbaugesetz verbundenen Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches muss nämlich mitberatend der Rechtsausschuss Stellung nehmen. Das geht so:

Der Ausschuss für Wohnungswesen, Bau und Bodenrecht tagt im Zimmer 210 des Bundeshaus-Südflügels. Sobald er sich mit einem BGB-Paragraphen befasst hat, überreicht man den Text einem Bodiensteten, der damit im Sturmschritt in den Sitzungsraum 206 des gleichen Korridors eilt, wo sich der Rechtsausschuss versammelt hat. Der berät und empfiehlt, übergibt Beschlüsse und Empfehlung nun seinerseits einem Oberamtsgehilfen, der damit zum Raum 210 spurtet, damit der Ausschuss für Bau und Bodenrecht die endgültige Vorbescheidung vornehmen kann. So geht das hin und her, Paragraph für Paragraph. Wer sich am Donnerstag nachmittag im zweiten Stock des Südflügels aufhielt, konnte ab und an diesen Stafettenlauf mit Paragraphen schmunzelnd beobachten.

Sieger blickt der CDU-Starrsinn, der ohne zwingenden Grund- oder aus sehr drucksichtigen Gründen? - Lückes Abbaugesetz durchgepeitscht wurde. Auf der Strecke blieb eine sachgerechte Ausschussberatung; auf der Strecke blieben die Verknüpfung und die Qualität der Gesetzesarbeit. Ach, wenn man doch nur einmal beim Jugendarbeitsschutzgesetz annähernd ähnliche Eile gezeigt hätte wie beim Gesetz zum Abbau der Wohnungschancen für Kinderreiche und für eine unsoziale Mieterhöhung!

+ + +

Hessen plant Landschulreform

Auch Kenner der vielfältigen Tendenzen zur "Verstädterung des Dorfes" in der Bundesrepublik werden von den Erfahrungen überrascht sein, die eine hessische Landschulkommission jetzt dem hessischen Kultusministerium vorgetragen hat. Dieser Arbeitskreis aus Pädagogen, Männern der Schulverwaltung, aus kommunalen Spitzenverbänden und berufsständischen Vertretungen der Landwirtschaft hat den sozialen, wirtschaftlichen und konjunkturel-politischen Strukturwandel des heutigen Dorfes an Hand der Berufsziele von Volksschulabgängen untersucht. Die Landschulkommission stellte die vor zwei Jahren aus der Stadtschule und aus der Dorfschule angetretenen Lebenswege einander gegenüber.

Aus der Stadtschule gingen fünf Prozent der Schüler in Arbeitsverhältnisse ohne Lehrvertrag, aus der ein- bis vierklassigen Landschule zehn Prozent. Aus der Stadtschule blieben sieben Prozent zu Hause, aus der Landschule achtzehn Prozent (neun Prozent davon in der Landwirtschaft.)

Eine Handwerkslehre begannen 30 Prozent der jungen Menschen aus der Stadtschule wie aus der Dorfschule. Eine Lehre in der Industrie begannen elf Prozent sowohl aus der Stadtschule wie aus der Landschule. Nur zehn Prozent beträgt die Differenz zwischen den Stadtschülern (30 Prozent), die als Anlernlinge bei Post, Bahn, Büro, Verwaltung und Verkauf eintraten und den Dorfschülern (20 Prozent), die den Weg in diese Dienstleistungsberufe einschlugen. Aber in land- und forstwirtschaftliche Anlernberufe zog es nur 1,7 Prozent der Landjugend.

Aus diesem verblüffenden Beweis, wie weit sich die Berufswünsche von Stadt- und Landschülern decken, folgert man, daß die Reform der Dorfschule unerlässlich wird. Vor allem auch im Hinblick auf den Gemeinsamen Europäischen Markt mit seiner Freizügigkeit der Arbeitskräfte werde es hohe Zeit, die Leistung der Schule in Stadt und Land auf das gleiche Niveau zu bringen.

Eine gleichzeitige Bestandsaufnahme der Dorfschulen ergab, daß in den 2726 ländlichen Schulen in Hessen acht Prozent aller Volksschüler in 988 einklassigen Schulen berufsvorbereitend gemacht werden. Dreizehn Prozent bereitet man sich in 704 zweiklassigen Schulen auf den Beruf vor, 21 Prozent aller Volksschüler in Hessen besuchten also ein- und zweiklassige Schulen, 35 Prozent aller Volksschüler absolvierten Landschulen. 78 Prozent der hessischen Volksschulen zählen eine bis vier Klassen.

Aus den offensichtlichen Nachteilen der ein- und zweiklassigen Landschule für den Unterricht - Zusammenfassung mehrerer Jahrgänge in der Schulklasse und verminderte Wochenunterrichtszahl bei gleichzeitiger Überforderung des Lehrers, der ein Allsehbärer sein muß, - kam die Schulkommission zu dem Ergebnis, daß größere, leistungsfähigere, besser ausgerüstete Schulen mit acht oder später neun Klassen nur durch Zusammenschluß zu ländlichen Schulverbänden zu erreichen sei.

Nun hat man in Hessens Kultusministerium keineswegs vor, den Kurs auf solche Mittelpunktschulen oder Dorfgruppenschulen zu forciieren. Aber die Schulverwaltung will doch von den Vorzügen solcher Schulverbände überzeugen. Die Einwände sind zahlreich. Kein Dorf möchte seine Schule verlieren und die Kinder kilometerweit zum Unterricht

fahren lassen. Mit der Schule büße das Dorf seine kulturellen Mittelpunkte ein, heißt es; die Verbundenheit von Kirche und Schule aus dem Dorf werde zerstört.

Demgegenüber wird erklärt: Für die Transportkostenfrage denkt die Regierung an eine gesetzliche Regelung. Wenn ein Dorf schon die Schule verliert, den Lehrer braucht es nicht einzubüßen. Er könnte ja wohnen bleiben und am kulturellen Leben im Gesangverein, in der Heimatsforschung und im Volksbildungswerk weiter maßgebend teilnehmen. Pfarrer und Lehrer könnten wie bisher zusammenarbeiten, auch wenn eine Dorfschule zu Gunsten einer Mittelpunktschule im Nachbarort verschwindet. Der Pfarrer könnte auch in der Mittelpunktschule Konfirmanden- oder Kommuniionsunterricht geben. Das gewichtigste Argument aus Wiesbaden aber ist, daß Hessen bei Schulneubauten für Schulverbände den Gemeinden heute schon Landesbeihilfen von mindestens der Hälfte der Kosten verspricht.

Der CDU blieb es vorbehalten, in dieser Frage Schwierigkeiten zu machen. Aber schon heute ist deutlich, daß diese Bedenken, die aus anderen Überlegungen als den schulpolitischen Notwendigkeiten kommen, sich genauso überleben werden, wie die Polemik gegen die Dorfgemeinschaftshäuser, die die Situation der Kirche in den Dörfern durchaus nicht bedroht hat.

+ + +

Gelähmte CDU

sp - Es müssen schon schwerwiegende Gründe gewesen sein, die die sozialdemokratischen Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestages bewogen haben, eine Sitzung zu verlassen, in der in zweiter Lesung der Regierungsentwurf zur Reform der Krankenversicherung zur Beratung stand. Die CDU verfügt in diesem Ausschuss - wie auch in allen anderen Parlamentsausschüssen - über die Mehrheit; aber diese Mehrheit ist in sich zerfallen und zerstritten. Sie weiß nicht, was sie will. Die fast einmütig erfolgte Ablehnung des Blank'schen Gesetzesentwurfes über die Neuregelung der Krankenversicherung in der Öffentlichkeit hat die CDU irritiert und unsicher gemacht. Sie fürchtet einen Popularitätsschwund, den sie sich ein Jahr vor den Bundestagswahlen nicht leisten kann. Der "linksorientierte" Flügel der CDU möchte dem Regierungsentwurf die allergiftigsten Zähne ausbrechen, er weiß aber nicht, wo er die Zange anzusetzen hat. Unter solchen Umständen muß jede Ausschussarbeit, die ja der sachlichen Erörterung dienen soll, zur Farce werden. Seit vielen Monaten ist die Reform der Krankenversicherung Gegenstand öffentlicher Diskussionen - heftig geführter Diskussionen -, nur die CDU hat sich noch nicht zu einer, der Beratung würdigen einheitlichen Konzeption aufschwingen können. Die Vorschläge ihrer sozialpolitischen Experten haben weder Profil noch Substanz, ganz abgesehen davon, daß sie sich gegenseitig aufheben. Die innere Unsicherheit der CDU wirkt sich lähmend auf die Beratung eines Gesetzes aus, das mit zu den wichtigsten der zuendegehenden Legislaturperiode gehört. Alles in allem, kein schönes, aber für die innere Verfassung der mächtigen Regierungspartei doch bezeichnendes Bild.

+ + +

"Neue Staaten" brauchen uneigennütigen Beistand

Von Bruno Kuster, Genf

Bereits hat man sich daran gewöhnt, die Entstehung neuer Staaten mehr oder weniger gleichgültig zur Kenntnis zu nehmen. Doch im Augenblick der Befreiung von der Bevormundung durch die ehemaligen Kolonialmächte sehen sie sich vor Schwierigkeiten gestellt, deren rasche Überwindung im allgemeinen Interesse der ganzen Völkerfamilie liegt, sowohl in demjenigen der früheren Mündel als auch in demjenigen der Vormünder.

Da die Vereinten Nationen gegenüber den neuen Staaten, deren Entstehung sie aktiv gefördert haben, eine besondere Verantwortung tragen, hat UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld kürzlich in einer Rede nachdrücklich auf die Notwendigkeit besonderer Beistandsmaßnahmen hingewiesen, die über den Rahmen der bisherigen technischen Hilfe der UNO, die sich doch auf das Gebiet der Studien, Beratung und Vorbereitung von Investitionsobjekten beschränkt, hinausgehen.

Um zu verhindern, daß die neuen Staaten am Tage nach ihrer Unabhängigkeitsfeier unter dem Druck einer akuten Notlage überstürzte Beschlüsse fassen müssen, die später nur schwer korrigiert werden können, ist es nötig, ihnen rechtzeitig geeigneten Beistand zu leisten. "Die erste Periode der Unabhängigkeit könnte sich in dieser Beziehung als entscheidend erweisen", sagte Hammarskjöld. Abgesehen von verschiedenen praktischen Maßnahmen verlangt der UNO-Generalsekretär vor allem einmal "moralische Unterstützung" für die neuen Staaten, worunter er wohlwollendes Verständnis, weder ein Gefühl falscher Überlegenheit, noch unfruchtbarer Pessimismus oder leichtfertigen Optimismus versteht. "Was not tut, ist Realismus und Verständnis, die zusammen den Führern dieser Völker wirksam helfen können".

Im weiteren unterstützt Hammarskjöld erneut den Wunsch der neuen Staaten, daß ein möglichst großer Teil der internationalen Hilfe durch die Kanäle der UNO zu leiten wäre, da ihr die jungen Länder als voll- und gleichberechtigte Mitglieder angehören. In den bilateralen Hilfsmaßnahmen erblicken sie, gewiß nicht immer zu Unrecht, Versuche, die alte Bevormundung mit neuen Mitteln weiterzuführen. Eine Verstärkung der Rolle der UNO auf diesem Gebiet würde zudem der Gefahr entgegenwirken, daß die Hilfeleistung an die Entwicklungsländer mehr und mehr zu einem Schauplatz des west-östlichen Konflikts wird.

Seit einiger Zeit hat die UNO ferner den sogenannten "Opex"-Dienst aufgebaut, den der Generalsekretär gerne ausdehnen würde. Darunter ist zu verstehen, daß die UNO auf Ansuchen hin den Staaten hochqualifizierte Beamte zur Verfügung stellt. Hier handelt es sich also nicht mehr um Experten und Ratgeber, sondern um international rekrutierte Fachleute, die in ein reguläres Dienst- und Treueverhältnis zu der Regierung treten, die ihre Mitwirkung wünscht. Sie werden zum Beispiel für den Aufbau des Bankwesens, der Sozialversicherung, statistischer Ämter usw. herangezogen. Auch wenn der Umfang dieses Dienstes leider noch beschränkt ist, stellt er doch den Beginn einer neuen und höheren Phase der internationalen Zusammenarbeit dar.

Alle diese Bestrebungen sind Ausdruck des Umbruchs, den die Welt gegenwärtig erlebt. Das Regime der Kolonial- und Vormundschaftsverhältnisse wird nicht einfach abgeschafft, sondern durch ein System internationalen Beistandes abgelöst.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel